

Fast unüberschaubar ist mittlerweile die Zahl der Veröffentlichungen zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution. Dabei zeigt sich erneut, wie gegensätzlich bis heute die Deutungen der Ereignisse sind. Der sozialdemokratische Historiker Heinrich August Winkler hatte 2004 in seinem Buch »Griff nach der Deutungsmacht« erklärt: »Wer über historische Deutungsmacht verfügt, übt mittelbar auch politischen Einfluss aus.« Auch Verschweigen gehört – wenn es nutzt – dazu.

Im vorliegenden Sammelband »Novemberrevolution 1918/19. Ereignis, Deutung, Bedeutung« betonen die Herausgeber eingangs, dass das Jubiläum genutzt werde, um die Geschichte der Novemberrevolution im Sinne der Herrschenden »umzuschreiben oder die damaligen Revolutionäre zu diffamieren« – auch um den Blick auf eine reale historische Alternative zum Kapitalismus zu verstellen. In den Beiträgen beschäftigen sich marxistische Historiker deshalb nicht nur mit den Ereignissen in den Revolutionsmonaten sowie mit deren Folgen, sondern setzen sich eben auch mit »Deutungen« auseinander.

Im einleitenden Text »Der Platz der Revolution 1918/19 in der deutschen Geschichte und im Geschichtsbild der Deutschen« schreibt zum Beispiel Gerhard Engel: »Nach jeder Revolution tobt der Kampf derer, die sich gegenübergestanden hatten, unvermindert weiter, nun eben auf dem Gebiet der Deutung des Geschehens. Das gilt besonders für die deutsche Revolution 1918, die ein herausragender Teil jener revolutionären Welle war, die im Gefolge der russischen Revolution 1917 große Teile Europas erfasste.« Ludwig Elm (»Die Novemberrevolution im Urteil bürgerlicher und sozialdemokratischer Politik- und Geschichtswissenschaftler«) untersucht frühe Positionen zur Revolution von 1918/1919 und die dabei zunächst – mehrheitlich – »historisch und geschichtsdeologisch rechtfertigende Bewertung der gesellschaftspolitisch gegenrevolutionären und restaurativen Koalitionen und ihrer Politik«. Auf die Sicht der Kommunistinnen und Kommunisten bzw. der marxistischen Geschichtsschreibung gehen Ralf Riedel (»Die Novemberrevolution im Spiegel der marxistischen Historiografie der DDR«), aber in ihren breiter angelegten Beiträgen auch Heinz Karl (»Die Grün-



Demolierter Eingang zum Stadtschloss in Potsdam

# Verbannte Perspektive

Sammelband mit Beiträgen marxistischer Historiker zur Revolution von 1918/19 erschienen. **Von Nina Hager**

dung der KPD und ihre Wirkung«) sowie Raimund Ernst (»Die deutsche Revolution von 1918/19. Revolutionäres Erbe und Strategieentwicklung in der Politik der KPD«) ein. Riedel beschäftigt sich zwar auch kurz mit der Einschätzung der Revolution durch die KPD in den 1920er Jahren sowie mit dem Wandel in der Bewertung nach dem Erscheinen des »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPDSU« (1938), untersucht aber vorrangig die Geschichtsdebatten in der DDR bis Ende der 50er Jahre.

Gerhard Engel beschränkt sich in seinem Beitrag nicht auf eine Deutungsgeschichte, sondern geht vor allem auf die Rolle der Räte in der Revolution ein. Gerrit Brünings Beitrag »Novemberrevolution und Räterepublik in Bremen« sowie Kurt Baumanns »Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenbewusst-

sein. Die Hamburger Arbeiterjugendbewegung in Weltkrieg und Novemberrevolution« sind konkreten historischen Ereignissen gewidmet. In den Band wurde auch ein – bereits 2008 veröffentlichter – Artikel des 2018 verstorbenen österreichischen marxistischen Historikers Hans Hautmann aufgenommen, der sich mit der Revolution in Österreich und insbesondere mit dem Vorgehen der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigt.

Sehr lesenswert ist auch Rainer Zilkenats »Konterrevolution und »Antim bolschewismus«. Eduard Stadler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/19«. Eingangs geht es dabei um die wirtschaftlichen sowie politischen Interessen des Monopolkapitals und die 1918/19 durchaus unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie zunächst die

Revolution verhindert und – nach dem 9. November – niedergeschlagen bzw. abgewürgt werden kann.

Der Sammelband vereint Beiträge älterer und junger marxistischer Historiker. Das zeugt davon, dass, auch wenn marxistische Wissenschaft aus den Lehranstalten des Landes weitgehend verbannt ist, marxistisches Denken nicht verhindert werden kann. Weniger erfreulich ist es, dass kein einziger Beitrag von einer Historikerin stammt. Störend wirkt, dass Fußnoten manchmal eine viertel Seite und noch mehr einnehmen. Weniger wäre hier besser gewesen.

■ **Marx-Engels-Stiftung/Gerrit Brünings/Kurt Baumann (Hrsg.): Novemberrevolution 1918/19, Ereignis, Deutung, Bedeutung, Neue-Impulse-Verlag, Essen 2018, 296 Seiten, 19,80 Euro**

## ■ Neues vom Junkerstaat

Der Stapel neuer Bücher zur Revolution von 1918/19 besteht, das zeigt bereits eine flüchtige Sichtung, vor allem aus Saisonaliteratur, die sich daran arbeitet, die Revolution in irgendeinem Modell nützlicher Geschichte zu pressen. Beiträge auf Quellenbasis, die neue Erkenntnisse oder vorlegen, sind selten. Woher, mag man einwenden, sollen sie auch kommen: Zu dem Thema wird seit beinahe drei Jahrzehnten nicht mehr systematisch geforscht. Dass so etwas trotzdem geht, beweist der VSA-Verlag mit dem schmalen Bändchen »Vom »Kriegssozialismus« zur Novemberrevolution«. Das enthält drei Aufsätze von Historikern, die den Gegenstand nicht erst im Jubiläumsjahr 2018 entdeckt haben.

Heiner Karuscheit versucht in seinem Beitrag, die Politik der SPD-Führung in den Revolutionsmonaten zu erklären. Wichtig sei das, weil die Partei sowohl für die »Zerschlagung der Revolutionsbewegung« als auch die »ausbleibende Fundierung des Weimarer Staats« verantwortlich sei. Diese kritische Bewertung ist nicht neu und wurde in den 1960er und 1970er Jahren auch von sozialdemokratischen Historikern geteilt.

Karuscheit will sie all erdings anders begründet wissen »als bisher üblich«. Es sei falsch, der vermeintlich »verbürgerlichten« SPD-Führung vorzuwerfen, sie habe in den Revolutionsmonaten eine reformistische, bürgerlich-demokratische Staatskonzeption etwa im Sinne Eduard Bernsteins favorisiert. Es sei noch viel schlimmer: Die Parteiführung habe einem »preußisch-obrigkeitlichen« Staatsverständnis angehangen und deshalb nicht nur sozialistische Forderungen blockiert, sondern sogar die »Kernforderungen einer bürgerlichen Revolution« abgewehrt: eine Landreform etwa oder die Entmachtung des ostelbischen Militäradels. Die »alte Ordnung« sei 1918/19 so ziemlich komplett gerettet worden.

War die Republik von Weimar also nicht mal ein richtiger bürgerlicher Staat? Karuscheit spricht von einem »im Gewand der Republik weiter existierenden Junkerstaat«. Deshalb sei auch die »Sozialismusstrategie« der KPD fehlerhaft gewesen: Auf der Tagesordnung habe die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution gestanden. Der »marxistischen Geschichtsschreibung« insbesondere in der DDR wirft Karu-

scheit vor, die »andauernde Vormachtstellung des preußischen Junkertums« negiert und bereits in das Kaiserreich »bürgerliche Herrschaft« hineingedeutet zu haben, um so die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus begründen zu können – ein erstaunlich krasses Fehlurteil, denn gerade das hat die DDR-Geschichtswissenschaft nicht gemacht. Sie hat immer bestritten, dass die Bourgeoisie nach 1871 einen »entscheidenden Anteil an der Machtausübung« erhalten hat. Es waren marxistische Einzelgänger wie Geoff Eley und David Blackbourn, die das Gegenteil behauptet haben.

Klaus Wernecke setzt sich mit der 2017 in deutscher Übersetzung erschienenen Arbeit von Mark Jones über die Gewaltgeschichte der Revolution auseinander. Völlig richtig attestiert er dem irischen Historiker, dass dessen vereint auch von linken Autoren ungeprüft akzeptierte kritische Attitüde eine »reaktionäre Delle« aufweise. Es sei eine Verzerrung zu behaupten, dass 1918/19 aufgrund von fürchteneinflößenden Gerüchten schließlich jeder auf jeden geschossen habe: »Dass es überwiegend die bewaffnete Macht der alten Herr-

schaft im Bündnis mit der neuen war, die hier in der Hauptsache zielgerichtet schoss, wird durch eine flache Mentalitätsgeschichtsschreibung entsozt.«

Seit einigen Jahren spricht sich herum, dass der Spartakusbund mit dem »Spartakusaufstand« vergleichsweise wenig zu tun hatte und es sich dabei vor allem nicht um einen geplanten, putschartigen »Aufstand« handelte. Bernhard Sauer hat mit seinem Aufsatz über »Legende und Wirklichkeit« des »Spartakusaufstandes« nochmals detailliert Argumente geliefert. Im Januar 1919 habe sich eine spontane Massenbewegung gegen die rechtssozialdemokratische Regierung gerichtet; die Demonstrationen in den Januartagen seien die größten gewesen, die »Berlin je erlebt hat«. Die »abenteuerliche« Forderung »Sturz der Regierung« sei am 5. Januar 1919 »aus der Situation heraus« aufgestellt worden.

Leo Schwarz

■ Heiner Karuscheit/Bernhard Sauer/Klaus Wernecke: Vom »Kriegssozialismus« zur Novemberrevolution, SPD und »Junkerstaat«. »Spartakusaufstand«, Gewalt von oben, Gewalt von unten, VSA, Hamburg 2018, 148 Seiten, 12,80 Euro

## ■ Neu erschienen Sozialismus

Über die »verworrenen Fronten« in der britischen »Brexit«-Debatte schreibt Hinrich Kuhls. Das politische System sei beschädigt, die konservative Partei stehe möglicherweise vor der Spaltung. Einen Gewinner immerhin gebe es: Jeremy Corbyn sei »heute als designierter Premierminister der nächsten Labour-Regierung in seiner Partei unumstritten«. Dierk Hirschel hat noch Hoffnung für die SPD. Deren »freier Fall« sei eine Tatsache, er könne aber aufgehalten werden – auch wenn das »nicht sehr wahrscheinlich« sei. Dazu müssten konsequent die »neoliberalen Deutungs- und Argumentationsmuster entsozt werden«. Doch in der »Partei Kautskys, Bernsteins, Hilferdings und Schillers« gebe es seit Jahrzehnten keine »ernstzunehmende wirtschaftspolitische Debatte mehr«. Alban Werner plädiert dafür, Andrea Nahles beim Wort zu nehmen, wenn es um die erklärte Abwendung von der Agendapolitik geht, auch wenn sich der »Verdacht einer opportunistischen Geschweiflungstat nicht völlig ausräumen« lasse. (iW)

■ **Sozialismus, Nr. 2/2019, 69 Seiten, sieben Euro, Bezug: Sost e.V. (Redaktion Sozialismus), St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, E-Mail: abo@sozialismus.de**

## Arbeiterpolitik

Das Blatt der Gruppe Arbeiterpolitik untersucht die »wirkungslosen Proteste gegen die AfD« vor der hessischen Landtagswahl. An Aktionen gegen die Partei hätten zum Teil unerwartet viele Menschen teilgenommen, inhaltlich habe aber eine allein »moralische Ablehnung der AfD-Positionen« dominiert. Ein Bericht informiert über die im Vergleich zum DGB kämpferische Linie des finnischen Gewerkschaftsbundes SAK. (iW)

■ **Arbeiterpolitik, Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik, Jg. 59/Nr. 5/6, 32 Seiten, drei Euro, Bezug: GFSA e. V., Postfach 10 62 26, 20043 Hamburg, E-Mail: arpo.berlin@gmx.de**

## Neuer Mahnruf

Die Zeitschrift des »Bundesverbandes österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus« (KZ-Verband/VdA) erinnert an den ersten Kongress der Organisation im November 1948. Ein Beitrag setzt sich mit der neoliberalen Politik der »Schwarz-blauen« Regierung in Wien auseinander. Gegen deren »sozialregressiven Antihumanismus« müsse eine »neue Sozial- und Protestbewegung« antreten. (iW)

■ **Der neue Mahnruf, Zeitschrift für Freiheit, Recht und Demokratie, Jg. 72/Nr. 4, 16 Seiten, kostenlos, Bezug: KZ-Verband/VdA, Lassallestr. 40/2/2/6, 1020 Wien, E-Mail: bundesverband@kz-verband.at**